



WIRTSCHAFT & POLITIK

Kommentar: Euro am Scheideweg

Am 5. Juli 2010

[Noch kein Kommentar](#)

1

[Twittern](#)

Trotz des milliardenschweren europäischen Rettungspaketes bleibt die Lage an den Finanzmärkten angespannt. Die Spekulation gegen den Euro hält an, viele Marktteilnehmer sorgen sich ernsthaft um den Fortbestand der Gemeinschaftswährung.

Um diese gravierende Krise meistern zu können, sollte man sich zunächst ihre Ursachen vor Augen halten: Deutschlands Aufschwung in den letzten Jahren war hauptsächlich vom Exportwachstum in den Euroraum getrieben; der Außenhandelsüberschuss entsteht zu 83 Prozent im Warenverkehr mit Staaten der Europäischen Union.

Maßgeblich gefördert wurde dieses Wachstum durch die hohe, zum großen Teil durch Konjunkturprogramme finanzierte Nachfrage unserer Nachbarländer nach deutschen Produkten, die in Folge stagnierender Reallöhne sowie einer strikten Politik der Haushaltskonsolidierung immer konkurrenzfähiger wurden. Parallelen zu Chinas Leistungsbilanzüberschusses gegenüber den USA sind augenscheinlich, die Konsequenzen derart unausgewogener Handels- und Leistungsbilanzen innerhalb der EU spätestens seit der Griechenland-Krise bekannt.

Sollte man Deutschland durch den Euro-Austritt und eine damit verbundene sofortige Aufwertung der Währung von diesem Dilemma abkoppeln, oder Griechenland zurück zur Drachme zwingen, was mit deren Abwertung verbunden wäre? Wer das eine oder das andere fordert, muss die schwerwiegenden Folgen bedenken. Sinnvoll ist es nicht.

Würden die wichtigsten europäischen Regierungen auch nur andeuten, dass ein Ausschluss Griechenlands aus dem Euroraum zu befürworten sei, käme es sofort zum Sturm auf die Euro-Einlagen des griechischen Bankensystems und damit zu dessen Kollaps. Spill-over-Effekte insbesondere auf das irische und das portugiesische Bankensystem würden folgen. Europäische Großbanken müssten Milliarden abschreiben, Konten würden eingefroren, Kapitalverkehrskontrollen

eingeführt. Insgesamt erlitt der Prozess des Zusammenwachsens Europas einen erheblichen Rückschlag.

Globalisierung und Demokratie auf der einen sowie das Beibehalten des Nationalstaatsprinzips auf der anderen Seite sind nicht miteinander vereinbar. Wenn der Wille zu politischer und wirtschaftlicher Union wirklich besteht, muss man konsequenterweise auch entsprechend handeln: Ohne zentrale fiskalische Institution, die ein gesamteuropäisches Haushaltsbudget koordiniert und kontrolliert, wird einheitliche Geldpolitik auf Dauer nicht funktionieren.

Innerhalb eines solchen Systems, das irgendwann in einen echten europäischen Föderalismus münden könnte, sind Transferzahlungen unvermeidlich. An die Transferunion Deutschland immerhin haben wir uns längst gewöhnt – schließlich fließen Jahr für Jahr Milliardenbeträge von einem Bundesland ins andere, und seit der Wiedervereinigung wechselten Billionen von West nach Ost.

Im Nachhinein, so meine ich, wird man die gegenwärtige Krise des Euro womöglich als eine Chance werten, die den Weg zur echten und nachhaltigen Union Europas gewiesen hat.



Gastkommentar von Dr. Laurenz Czempel, CapitalMarkt-Vorstand der Privatbank Donner & Reuschel

Onpulsion Newsletter

Immer die neuesten Artikel in Ihr Postfach: Jetzt kostenlos den wöchentlichen Newsletter abonnieren!

[Jetzt Anmelden](#)